

iFijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 644

Mittwoch, 15. November 2017

24. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Von Gewalt bedroht: Eine Mayafrau leistet Widerstand.....	1
Teil 1: Thelmas Leben zwischen Moderne, Mayatradition und Machismo.....	1
„Im Machismo werden Frauen als Dinge betrachtet.“ - Die Mayas und der Feminismus.....	2
Notizen aus dem Kongress.....	4
Mutmasslich kriminelle Abgeordnete.....	4
Convergencia-Gesetzentwurf zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt.....	4
Amnestiegesetz für Militärs von 12 ultrakonservativen Abgeordneten.....	4
Will sich die Partei von Jimmy Morales an den NROn rächen?.....	5

Von Gewalt bedroht: Eine Mayafrau leistet Widerstand

Teil 1: Thelmas Leben zwischen Moderne, Mayatradition und Machismo

Männer mit Cowboyhüten und Revolvern sitzen auf Pferden oder Motorrädern und verbreiten Angst unter den Frauen der Maya-Chortí, der indigenen Bevölkerung im Osten des mittelamerikanischen Landes Guatemala. Die Atmosphäre erinnert an den Wilden Westens Nordamerikas. Nachkommen der spanischen Eroberer haben das Sagen. Ihre Autorität stützen sie auf Gewalt, Waffenbesitz, Profite aus dem Drogenhandel und gute Kontakte zu ausländischen Firmen, die Industrieprojekte vorantreiben. Die Reportage von Andreas Boueke steht im Zusammenhang zum Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen am 25. November 2017. Sie wird angesichts ihrer Länge in zwei Teile geteilt; der erste in dieser Ausgabe beschreibt Thelmas Feminismus und ihr Leben in der Hauptstadt. Ein Interview mit einer Frauenrechtlerin rundet den ersten Teil unserer kleinen Reihe zum Thema ab. Der zweite Teil im nächsten Heft wird aufzeigen, wie sie in ihrem Heimatdorf Rodeo im Osten Guatemalas, nahe der honduranischen Grenze, lebt.

Die 28-jährige Thelma ist klein von Statur, ihr Haar lang und schwarz, die großen Augen sind braun. Thelmas Familie lebt von den Produkten eines kleinen Ackers, den sie mit einfachen Werkzeugen bearbeiten. Sie pflanzen, pflegen und ernten Mais, Bohnen und Kaffee. Aber Thelma wollte schon als Kind mehr erreichen: „Ich bin die rebellische Tochter der Familie“, sagt sie mit offensichtlichem Stolz. „In der Pfarrei des Nachbardorfs habe ich ein Stipendium bekommen. So konnte ich zur Schule gehen. Ohne Bildung hätte ich womöglich nie erkannt, dass all die Gewalt in unserem Dorf nicht normal ist.“

Gerade Frauen, die Widerstand leisten gegen Gewalt an Frauen, werden zu Opfern von Gewalt. Diese Formel trifft besonderes dort zu, wo das Alltagsleben geprägt ist vom Machismo. Thelma meint, Rassismus und Machismo in Mittelamerika seien die beiden Gesichter einer Medaille. Den Widerstand gegen diese beide Formen der Unterdrückung nennt sie „feminismo comunitario“, einen Feminismus der indigenen Gemeinden. Diese Vision hat sich in den vergangenen Jahren vor allem unter indigenen Frauen in Guatemala und Bolivien verbreitet, die beiden Länder mit den grössten Anteilen indigener Bevölkerung in Lateinamerika. Angesichts der Unterdrückung, die Frauen in ihren Gemeinden erleben, sollen sie Möglichkeiten bekommen, sich gegenseitig zu stärken.

„Zur Zeit begleite ich zwei Mädchen in einem Gerichtsprozess“, erzählt Thelma. „Beide wurden vergewaltigt. Ich jedenfalls nenne das Vergewaltigung. Die Eltern sehen das anders. Aber es ist eine Vergewaltigung, wenn du gegen deinen Willen genommen und missbraucht wirst und dann schwanger wirst, als Konsequenz der Vergewaltigung. Wir haben das angeklagt. Es kann doch nicht so weiter gehen mit diesem System des Missbrauchs.“

In Guatemala werden jeden Tag Frauen ermordet, weil Männer meinen, über ihren Körper bestimmen zu können. Es kommt vor, dass ein Streit mit dem Tod einer Frau oder eines Mädchens endet, nur weil ein Mann denkt, er hätte Grund, eifersüchtig zu sein. In der Regel bleiben diese Verbrechen straffrei. „Das eine Mädchen ist von ihrem eigenen Vater vergewaltigt worden, das andere von einem Jungen, den sie auf der Strasse getroffen hat. Beide Mädchen wurden von ihren Eltern aus dem Haus geworfen. Ihnen wird die Schuld gegeben, nicht den Männern. Die eine ist vierzehn Jahre alt, die andere sechzehn. Sie hatten keine Möglichkeit, sich zu wehren.“

Ein Netzwerk geflohener Frauen

In den ersten Wochen, nachdem Thelma nach Guatemala-Stadt geflohen war, hatte sie dort noch mehr Angst als in ihrem Dorf. Sie traute sich nicht auf die Strasse. „Ich habe geweint und geweint und geweint. Ich dachte, es wäre unmöglich für mich, in der Stadt zu leben. Ausserdem wurde in dieser Zeit meine Freundin Berta Cáceres ermordet.“

Berta Cáceres war eine der bekanntesten Umweltaktivistinnen in Honduras. Am 3. März 2016 drang ein Mann in ihr Schlafzimmer ein und tötete sie mit drei Schüssen. „Ich fühlte mich so einsam“, erinnert sich Thelma. „Aber schliesslich hat mich dieser Mord davon überzeugt, dass es richtig war, mein Dorf zu verlassen.“

Der Tod von Berta Cáceres hat auch die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit geweckt. Endlich war offensichtlich, wie gefährlich Frauen in Mittelamerika leben, die sich für den Schutz der Umwelt und die Rechte der Frauen einsetzen. „Ich habe mir dann neue Ziele gesetzt“, erzählt Thelma weiter. „Ich konnte ja nicht ewig versteckt leben. So habe ich mich dem Kampf anderer Dorfgemeinden angeschlossen und andere Schwestern begleitet.“

Thelma lernte das *Netzwerk der traditionellen Heilerinnen des gemeinschaftlichen Feminismus* kennen, ein Zusammenschluss indigener Frauen, die in der Hauptstadt leben, weil sie aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Eine der Gründerinnen des Netzwerks ist Lorena Cabnal: „Viele von uns leisten Widerstand gegen den Machismo in den Leitungsgremien unserer Gemeinden. Wir legen den Finger in die Wunde der paternalistischen Haltung vieler männlicher Funktionäre.“ Lorena Cabnal gilt als eine der Vordenkerinnen des „feminismo comunitario“. Ihre Überlegungen entstammen nicht einer akademischen Theorie sondern dem Alltag der indigenen Frauen, der geprägt ist von Gewalt und Missbrauch. Thelma ist das bisher jüngste Mitglied des Netzwerks. Im Rahmen einer traditionellen Mayazeremonie wird sie öffentlich vorgestellt. „Sie ist eine charakterstarke Frau“, sagt Lorena Cabnal. „Sie weiss genau, was sie will. Sie stellt Fragen, spricht mit anderen, erfahrenen Frauen und drückt ihre Gefühle aus. Diese Haltung hat sie in ihrem Kampf gestärkt.“

Thelma spricht von dem Landkampf ihres Volkes Chortí und dem Kampf der indigenen Frauen um Anerkennung. Sie begrüsst es, dass sich viele Männer und Frauen beteiligen, wenn es darum geht, das Recht einer Gemeinde auf einen Wald oder ein Flussufer durchzusetzen. Doch sie beklagt das Schweigen, wenn ein vergewaltigtes Mädchen Unterstützung braucht, oder wenn der Mörder einer Frau identifiziert werden soll. Weil Thelma auf solche Widersprüche hinweist, musste sie aus ihrem Dorf fliehen. In der Hauptstadt lernte sie europäische Frauen kennen, die ihr den Feminismus erklären wollten. Doch unter ihnen hat sie sich nie aufgehoben gefühlt. Erst als sie das Netzwerk der geflüchteten Frauen kennenlernte, gelang es ihr, die Angst zu überwinden und neuen Lebensmut zu fassen. „Die Kameradinnen haben mich geheilt“, sagt Thelma. „Aber auch ich kann andere heilen. Das ist die Gegenseitigkeit des Lebens: Geben, aber auch erhalten. Wenn wir als Frauen zusammen sind, spüre ich, dass ich respektiert werde. Wir reden, tanzen, weinen und danach fühlen wir uns befreit. So habe ich neue Kraft gewonnen. Ich bin wieder stark, voller Energie, um weiter zu kämpfen.“

„Im Machismo werden Frauen als Dinge betrachtet.“ - Die Mayas und der Feminismus

Die Umweltingenieurin Maria del Carmen Pu, 37, stammt aus dem Volk der Quiché. Als Mitarbeiterin der Stiftung FEP-Maya begleitet und unterstützt sie junge Mayafrauen auf ihrem Bildungsweg bis zum Universitätsabschluss. Die Fragen stellt Andreas Boueke.

In Europa und Nordamerika wird zur Zeit heftig über Sexismus debattiert. Welche Rolle spielt das Thema für Frauen der indigenen Bevölkerung Mittelamerikas?

Hier sprechen wir vom Machismo, einem Männlichkeitswahn, der schon seit sehr langer Zeit in dieser Region existiert. Doch nur wenige Frauen trauen sich, den Machismo zu thematisieren. Die meisten ziehen es vor, ihn als normal anzusehen. Sie denken: „Es ist normal, dass ich als Frau geschlagen werde. Es ist normal, wenn ein Mann mich anschreit. Es ist normal, dass ich eine unterwürfige Haltung gegenüber Männern einnehme.“

Wieso lassen Frauen das zu?

Viele Frauen in Guatemala ertragen den Machismo nicht nur, sie fördern ihn auch. Ein einfaches Beispiel: In den meisten Familien verbieten die Mütter, dass ihre Söhne im Haushalt arbeiten. Sie sagen, das sei Aufgabe der Töchter. Die müssen ihre Brüder bedienen. Die Jungen bekommen das beste Stück Fleisch, die Mädchen das was übrigbleibt, weil sie ja kein Geld ins Haus bringen. Die Töchter bleiben daheim während die Jungen und Männer arbeiten gehen.

Und die Männer? Haben die kein schlechtes Gewissen?

Im Machismo werden wir Frauen nicht wirklich als Menschen angesehen. Viele Männer sehen in uns nützliche Dinge. Ein Ding kann man kaputt machen, wann und wie man will. Zudem existiert ein Hass, der historische Ursprünge hat. In meiner Familie gibt es sehr drastische Fälle. Während des Bürgerkriegs in den achtziger Jahren wurden mehrere meiner Tanten auf grausame Weise ermordet. Dasselbe sehen wir in der Gegenwart: Frauen, deren Körper gevierteilt werden, Mädchen, die missbraucht und zerstückelt werden. Da leben Männer ihre Aggressionen aus, weil sie die Frau nicht als Mensch ansehen.

Werden die Täter nicht bestraft?

In solchen Fällen bleiben die allermeisten Täter straffrei. Sie brauchen keine Angst zu haben. Das Justizsystem funktioniert nicht. Niemand interessiert sich für das Schicksal einer armen Mayafräule. So können Männer mit grösserer Selbstverständlichkeit über unsere Körper verfügen als wir selbst. Ich habe Männer scherzen hören: „In Guatemala gibt es so viele Frauen, da macht eine weniger keinen Unterschied.“ Wenn Leichenteile einer Frau gefunden werden, steht in der Zeitung, dass sie wahrscheinlich Opfer eines Eifersuchtsdramas geworden ist. Manchmal stimmt das auch. Aber wir wissen von vielen Frauen, die ermordet wurden, weil sie Anführerinnen in ihren Gemeinden waren. So wird verhindert, dass sie eine gleichberechtigte Stellung in der Gesellschaft erreichen.

Etwa die Hälfte der Bevölkerung in Guatemala sind Nachkommen der Mayas. Erleben die indigenen Frauen den Machismo anders?

In den Familien der Mayas sind diese Themen tabu. Über so was wird nicht gesprochen. Die historischen Wurzeln des Machismo liegen weit zurück. Wenn ich mit Frauengruppen arbeite, trauen sich manchmal einzelne, offen zu erzählen, dass sie von ihren Männern geschlagen werden, von ihren Vätern, ihren Brüdern und sogar von ihren Söhnen. Das halten diese Frauen für normal. Natürlich wirken sich diese Erfahrungen auf ihr Selbstbewusstsein aus. Sie bringen nie den Mut auf, ein Leben ausserhalb ihres engen Familienkreises zu entwickeln.

Sie haben die historischen Wurzeln des Machismo erwähnt. Wo liegen die?

Womöglich wurden die Frauen in dieser Region schon immer diskriminiert. Aber seit der Kolonialisierung durch die Spanier hat sich dieser Prozess deutlich verschärft. Ich glaube, die Christianisierung spielt dabei eine wichtige Rolle. Viele Frauen glauben an Zitate aus der Bibel, die ihnen von den Priestern vorgehalten werden: Dass sie unterwürfig sein müssen, dass sie selbstlos und opferbereit sein sollen. Das sitzt tief im Selbstbild der Frauen.

Aber in Guatemala gibt es heute doch viele Frauen, die erfolgreich sind - in der Wirtschaft und in der Politik.

Im Machismo werden erfolgreiche Frauen als Konkurrenz der Männer angesehen. Wenn sie führende Rollen in ihren Gemeinden oder auch auf nationaler Ebene erlangen, werden sie zu Objekten von Gewalt und sexueller Aggression. So sollen sie erkennen, dass sie nichts wert sind, dass sie keinen Platz haben in der Spitze dieses patriarchischen Systems.

Wie reagieren darauf solche Frauen, die Zugang zu Bildung und Karriere haben?

Wenn ich meine Ansichten vertrete, höre ich oft, dass ich eine Feministin sei. Aber ich bin keine Feministin. Ich möchte nur Frauen unterstützen. Ich hatte schon öfter Gelegenheit, FeministInnen kennen zu lernen. Diese Frauen und auch einige Männer, die sich als FeministInnen bezeichnen, tun sich schwer, sich auf die Realität der Frauen in Guatemala einzulassen, besonders auf die Lebenswirklichkeit der indigenen Gemeinden. Bei solchen Begegnungen kommt es oft zu deutlichen Spannungen.

Was für Spannungen?

Zum Beispiel kommen immer wieder Personen der internationalen Kooperation in unsere Dörfer und bringen feministische Ideen mit. Das sind oft Frauen, die keine Kinder haben und auch keine Ehemänner. Sie wollen Initiativen umsetzen, die nicht zum Lebensstil der Dörfer passen. Es ist einfach, von feministischen Prinzipien zu sprechen, aber sehr schwierig, diese auf die Dynamik in den Gemeinden anzuwenden. So bieten sie ganztägige oder gar zweitägige Kurse für Frauen an. Da kommen dann nur sehr wenige, weil sich die meisten um ihren Haushalt kümmern müssen, um ihre Männer und Kinder. Sie können nicht einfach sagen: „Ich bin jetzt mal liberal und selbstbewusst.“ Vielleicht kommt so ein Prozess mit der Zeit in Gang, aber ich denke, die Schritte müssen klein sein.

Wie lauten die Antworten der Frauen der Mayabevölkerung?

Ich habe oft den Eindruck, dass der Feminismus Frauen und Männer voneinander trennt. In der Weltsicht der Mayas hingegen geht es um eine Dualität. Frauen und Männer stehen nicht in Konkurrenz zueinander. Es soll keine Konflikte zwischen ihnen geben. Beide sind gleich wichtig. Beide unterstützen sich gegenseitig. Wir brauchen uns und müssen uns bemühen, unsere gemeinsame Existenz harmonisch zu gestalten.

Notizen aus dem Kongress

Mutmasslich kriminelle Abgeordnete

Wer in die guatemalteckischen Medien schaut, meint, dass die Kongressabgeordneten vor allem mit sich und ihrer Vergangenheit zu kämpfen haben. Da wurde etwa der TODOS-Abgeordnete Roberto Kestler Velásquez in Chimaltenango verhaftet. Der Oberste Gerichtshof hatte bereits im Februar 2016 seine Immunität aufgehoben. Ihm wird vorgeworfen, an illegalem Handel mit Medikamenten auf Kosten des Instituts für Sozialversicherung (IGSS) beteiligt gewesen zu sein. Als Vorsitzender des Gesundheitsausschusses 2013/14 hatte er gemeinsam mit IGSS-FunktionärInnen beim Ankauf von Mitteln gegen Krampfadern die Firma Wellness Center von José Rodolfo Barrientos Montepeque begünstigt und dafür selbst Provisionen eingesteckt.

Laut der Zeitung El Periodico sind neben Kestler neun weitere aktuelle Abgeordnete wegen Korruptionsfällen angeklagt, fünf von ihnen sind verhaftet worden, vier flüchtig und einem wurde gerade die Immunität entzogen. 12 weitere haben bereits ihre Immunität verloren. Ein besonders prominenter Fall ist der ehemalige Parlamentspräsident Aristedes Crespo, dem vorgeworfen wird, 87 Phantom-Angestellte im Kongress beschäftigt zu haben.

Schliesslich hat eine Ermittlungsrichterin gegen den Abgeordneten der Regierungspartei Julio Juárez aus Suchitupéquez wegen Anstiftung zum Mord an zwei Journalisten (Danilo Efraín Zapón López, Korrespondent von Prensa Libre und Federico Benjamin Salazar, Mitarbeiter von Radio Nuevo Mundo 2015) die Aufhebung der Immunität beantragt. Beide Journalisten hatten kurz vor den letzten Wahlen über Steuervergehen von Juárez berichtet, was seine Kandidatur für (und Wahl in) den Kongress geschadet hätte. Wegen des Mordes an López ist Sergio Waldemar Cardona Reyes zu 30 Jahren Haft verurteilt worden, aber der Mord an Salazar konnte ihm nicht nachgewiesen werden. Daneben gibt es freilich auch noch ein wenig legislative Arbeit.

Convergencia-Gesetzentwurf zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt

Guatemala, 6. Nov. - Abgeordnete der Convergencia haben gemeinsam mit der Frauenorganisation Mujeres Transformando el Mundo (MTM) am Freitag, dem 3. November, einen Gesetzentwurf vorgestellt, der Kinder und Heranwachsende vor sexueller Gewalt und Ausbeutung sowie Menschenhandel schützen und ihnen Zugang zur Justiz sichern soll. Die Abgeordnete Sandra Morán sagte, dass die Gesetzesinitiative die Kinder als Rechtssubjekte ansehe, die durch die Sorge und Hilfe durch den Staat im Falle einer Schwangerschaft eine (selbst)bewusste Entscheidung treffen sollen. „Es geht dabei nicht um einen Strafcharakter, sondern um Prävention. Darum wollen wir das Bildungsministerium einbeziehen, damit es in ihrem Nationalen Schulcurriculum sowohl die Komponente eines Projektes für das Leben als auch einen Fokus auf die Verhinderung von Opfern solcher Untaten gebe.“ (...)

Die Gesetzesinitiative fordert für Vergewaltigung von Kindern unter 14 Jahren Strafen zwischen 8 und 12 Jahren (oder mehr in besonders schweren Fällen). Zugleich sollen sie – zur Prävention – versorgt, entschädigt werden und Zugang zu Gesundheitsdiensten und sexueller Aufklärung erhalten. Täter sollen mit Gefängnisstrafen zwischen 20 und 50 Jahren und der Zahlung einer Entschädigung an das Opfer sanktioniert werden. Die Höhe hänge von der Schwere der Vergewaltigung ab und die Umstände des Falls. Um eine Zahlung für eine würdige Entschädigung umsetzen zu können, müsse ein Verfahren für diese Form der Sanktion eingerichtet werden. Damit werde Gerechtigkeit für die Kinder, die Opfer sexueller Gewalt geworden sind, garantiert.

Als Rechtssubjekte sollen die Kinder, die Opfer sexueller Gewalt geworden sind, bewusste Entscheidungen treffen können. Dazu sollen sie ein Formular des Einverständnisses ausfüllen, in der diese Entscheidung dokumentiert wird. Für den Fall, dass die Kinder oder Heranwachsenden aufgrund einer Behinderung dazu nicht in der Lage sind, sollen Hilfsnetzwerke dies tun. Damit soll die Entscheidungsfreiheit und ein Weg zur Lebensplanung garantiert werden.

Der Staat ist verpflichtet die Kinder zu beschützen, falls sie nicht auf familiäre Hilfe bauen können, indem sie zunächst in ihrer erweiterten Familie um Hilfe bittet und dann eigene Institutionen anbietet. Der Staat muss eine Entschädigung und Schutz der geschwängerten Kinder und Heranwachsenden garantieren. Er muss durch Mittel der Ministerien für Soziale Entwicklung, Kultur und Sport, Bildung und Gesundheit für die Rückerstattung, Rehabilitation, Entschädigung und Wohlfahrt bereitstellen und so garantieren, dass sich das Geschehen nicht wiederholt. Ebenfalls einbezogen werden sollen der Nationale Rat für behinderte Menschen und die Sekretariate gegen die sexuelle Gewalt, für Ernährungssicherheit, die Verteidigung der indigenen Frauen und das Institut für Opferhilfe. (...)

Das bedeutet auch, das System der Adoptionen zu verbessern und die strafrechtliche Verantwortung für jene Ärzte aufzuheben, die bei Kindern unter 14 Jahren einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen.

Eine Abteilung des Innenministeriums solle verantwortlich dafür sein, die diversen Institutionen dabei zu unterstützen und anzuhalten, die internen Abläufe so zu gestalten, dass ein Schutz für die Betroffenen gewährleistet werden kann. (Congreso –Nómada)

Amnestiegesetz für Militärs von 12 ultrakonservativen Abgeordneten

Guatemala, 7. Nov. - Der PAN-Abgeordnete Fernando Linares Beltranena hat gemeinsam mit zwölf KollegInnen einen Reformentwurf für das Gesetzes zur Nationale Versöhnung vorgestellt, der eine Amnestie fordert für Militärangehörige, die wegen Menschenrechtsverletzungen während des Bürgerkrieges beschuldigt werden. Bei der Vorstellung der Reform wurde Linares Beltranena von Mitgliedern der antikommunistischen „Stiftung gegen Terrorismus“ und weiteren Abgeordneten, die Militärdienst geleistet haben, unterstützt. Demnach gehe es darum, einen „wirklichen Frieden“ und nationale Aussöhnung zwischen den AkteurInnen des Konfliktes, der offiziell von 1960-96 andauerte, zu schaffen: „Wir haben zwar 1996 den Friedensschluss erlangt, aber keinen Frieden erreicht, weil der Krieg innerhalb der Gerichte und Staatsanwaltschaften fortgesetzt worden ist, wobei 72 ehemalige Militärangehörige, aber nur ein ex-Guerillero verurteilt wurden“. Es gebe zwar eine Amnestie im Gesetzestext zur Nationalen Versöhnung, jedoch Ausnahmeregelungen für Genozid, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Folter, also Verbrechen, die in jener Zeit, in der der Friedensvertrag unterschrieben worden sei, nicht spezifiziert worden waren.

Der Reformantrag besteht aus sieben Artikeln und will, (...), dass das Prinzip der Nichtrückwirkung und der Menschenrechte und individuellen Rechte genauso respektiert wird wie die Rechte, die durch Amnestien vergangener Dekrete geschaffen wurden. (...) Die Reform fordert eine Amnestie oder die totale Abschaffung einer strafrechtlichen Verantwortung für jene, die Verbrechen in der gewaltsamen Auseinandersetzung des Bürgerkrieges begangen haben – sowohl für die TäterInnen, KomplizInnen oder Begünstigte als auch für Regierungsmitglieder, Staatsbedienstete oder jeglicher anderen Entität, die der Gesetzentwurf nennt.

Zu den UnterstützerInnen des Entwurfs gehören führende Mitglieder der Reformbewegung (MR), der FCN, der PAN, Delia Bac von der BürgerInnenallianz (AC), José Ubico von TODOS, Julio Lainfiesta von der UCN und José Conrado Garcia Hidalgo (ex-LIDER, aktuell unabhängig). (La Hora)

Will sich die Partei von Jimmy Morales an den NROn rächen?

Guatemala, 6. Nov. - Am 21. März 2017 stellte der FCN-Abgeordneten Christian Gabriel die Gesetzesinitiative 5257 als Reform des „Gesetzes über NROn für Entwicklung“ vor. In diesem sollten die Regelungen über die Funktionsweisen von NROn geändert werden. Gabriel sagte, dass es das Ziel sei, die Prozesse zu ordnen und transparenter zu machen, aber letztlich versucht das Gesetz, die NROn zu schwächen, kontrollieren und deren Arbeit zu torpedieren. Am wichtigsten ist dabei, dass es die Regierung ermächtigen würde, kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen. Der Gesetzentwurf liegt aktuell im Innenausschuss des Kongresses, wo die FCN und verbündete Parteien die Macht haben. Wenn die Mehrheit der Fraktionsvorsitzenden ihm zustimmt, könnte darüber im Plenum abgestimmt und verabschiedet werden. Das Risiko, dass dieses geschieht, ist sehr hoch. (...)

Die Löcher in dem Gesetzentwurf

Der Entwurf verlangt, dass NROn sich im Nationalen Personenregister (Renap) in ihrem Landkreis einschreiben müssen. Selbst wenn es nur um eine Aktualisierung der Daten gehe, werde von ihnen zusätzlich gefordert, sich beim Planungssekretariat des Präsidialamtes, bei der Steuerverwaltung (SAT) und dem Rechnungshof und „in jeglicher Regierungsbehörde, mit der sie aufgrund ihrer Aktivitäten in Beziehung steht, einzutragen, bevor sie die notwendige Lizenzen für die Umsetzung ihrer Ziele erhält.“ Das Innenministerium und die Menschenrechtskommission des Präsidialamtes für die Menschenrechtsorganisationen, das Umweltministerium für die Umweltverbände etc. . Das Verfahren ist lang und voller Hindernisse für die Verantwortlichen der Organisationen.

Laut Ricardo Barrientos vom Icefi würde eine Verabschiedung des Gesetzes bedeuten, dass eine NRO nur dann arbeiten könnte, wenn ein Ministerium, Sekretariat oder sonst welche staatliche Institution der Regierung von Jimmy Morales eine Lizenz erteilt – und zwar nach beliebigen Kriterien. Damit sind willkürlichen Entscheidungen Tür und Tor geöffnet. Im Falle von Organisationen, die im Ausland gegründet wurden, müssen diese sich auch bei der Renap einschreiben, aber auch bei der Generalprokurat (PGN) und dem Aussenministerium, zwei Institutionen, die vom Präsidenten abhängen. Das heisst, es sind letztlich politische Entscheidungen. (...) Eine andere Bestimmung des Gesetzentwurfs will die Beteiligung von ausländischen Aktiven von 25% auf höchstens 15 % senken. Damit soll auch die Unterstützung, die NROn von ausserhalb erhalten, beschränkt werden und die Arbeit internationaler NROn mit globaler Präsenz erschweren. (...) Das gilt z.B. für eine Organisation wie die Friedensbrigaden (PBI), die durch physische Präsenz von überwiegend aus Europa und Nordamerika stammenden Aktiven bedrohte AktivistInnen vor Angriffen beschützt.

Ein politischer Kampf

Dorian Taracena, Abgeordneter von Encuentro por Guatemala und Mitglied im Innenausschuss, hat den Gesetzentwurf nicht unterzeichnet. (...) Er glaubt, dass das Land die Zivilgesellschaft und ihre Vorschläge für eine Veränderung der Gesellschaft benötige. Zugleich sei es notwendig, die NROn zu kontrollieren, damit die Stiftungen und Verbände ihre Aufgaben erfüllen. Aber es sei inakzeptabel, ein Gesetz dafür zu nutzen, um Verfassungsrechte einzuschränken.

Der erwähnte Abgeordnete Christian Gabriel von der FCN verneint, dass sein Gesetzentwurf ein „Racheakt“ gegen Organisationen sei, die für Menschenrechte eintreten. Das Ziel sei vielmehr sicherzustellen, dass die Gelder, die für ein Projekt verwendet werden, tatsächlich auch diesem Zwecke dienen. (...) Gabriel gibt zu, dass der Gesetzentwurf fehlerhaft sei, weswegen er Änderungen vorschläge. (...) Es werde keine exzessive Bürokratie geben und statt einer Registrierung bei der Renap solle diese beim Innenministerium geschehen.

Alle verlieren

Der Anwalt Eddie Cux von der BürgerInnenaktion glaubt, dass die Gesetzesreformen katastrophale Folgen für Guatemala hätte. Nicht nur für die Organisationen, die momentan arbeiten, sondern auch für die, die zukünftig gegründet werden: „Die sozialen Bewegungen der letzten Jahre haben es geschafft, dass die Leute sich organisieren, ihre Regierenden kontrollieren und sich gemeinsam engagieren wollen. All diese Bewegungen werden mit einem solchen Gesetz verlieren.“ Der aktuelle Gesetzentwurf sei verfassungswidrig – so Cux weiter – und verletzte auch internationale Konventionen, die der Staat unterzeichnet hat. Daher werde es, sofern dieser vom Kongress verabschiedet und vom Präsident unterschrieben wird, vom Verfassungsgericht wieder einkassiert werden müssen.

Der Ökonom Enrique Godoy, der aktiv war im Kampf gegen die Regierung von Otto Pérez Molina und später in der Regierung von Jimmy Morales arbeitete, sagt, dass der Gesetzentwurf ein zweischneidiges Schwert sei: „Jetzt ist Jimmy Morales an der Regierung und wenn die Reformen verabschiedet werden, hat er die Entscheidungsmacht über die NROn. Aber wenn er die Macht abgeben wird, werden andere Gruppen mit anderen Ideologien an die Macht kommen.“ Für Godoy müssen die NROn, Stiftungen und Vereine kontrolliert werden; besonders jene, die staatliche Gelder erhalten, müssen Rechenschaft ablegen. Die Kontrolle müsse jedoch nicht durch die Regierung erfolgen. Godoy differenziert zwischen zwei Formen von Organisationen: solche, die zur Korruption genutzt werden und solche, die sich der Prüfung widmen. Aber selbst für den ersten Typ von Organisationen, die nur wenigen Reichen dienen, sei es nicht in Ordnung, durch ein Gesetz die verfassungsmässig garantierten Freiheiten zu beschränken (Nómada).

Biopsia / November 2017 - von Diana Vásquez Reyna:

Die Pakte der Korrupten und Militärs hören nicht auf

In Artikel 8 des Gesetzes der Nationalen Wiedergutmachung (Dekret 145-96) heisst es: „Die Aussetzung der strafrechtlichen Verantwortung, auf die dieses Gesetz abzielt, ist nicht auf Delikte des Völkermords, der Folter und des Verschwindenlassens anwendbar, ebenso wenig wie auf jene Delikte, die nicht verjähren oder die das Erlöschen der strafrechtlichen Verantwortung nicht erlauben entsprechend nationaler Gesetze oder internationaler Abkommen, die von Guatemala ratifiziert wurden.“

In den guatemaltekischen Gerichten beginnt erneut der Prozess wegen Völkermord gegen die ehemaligen Militärs Efraín Ríos Montt und José Mauricio Rodríguez Sánchez, dieses Mal in getrennten Prozessen. Es wird unterschiedliche Anhörungen für einen jeden geben und immer nur Freitags. Im März 2018 wird der Prozess wegen des erzwungenen Verschwindens des Jungens Marco Antonio Molina Theissen stattfinden, fünf pensionierte Militärs stehen deshalb vor Gericht.

Auf der anderen Seite hören die korrupten Pakte im Kongress der Republik nicht auf, die durch die pro-militären Sektoren unterstützt werden. Am Montag, dem 6. November, präsentierte der Abgeordnete Fernando Linares Beltranena eine Gesetzesinitiative, um das Gesetz über die Nationale Wiedergutmachung mit dem Argument zu reformieren, „dass die Bevölkerung noch immer durch Rechtsstreitigkeiten, die von dem 36 Jahren andauernden Konflikt stammen, gespalten ist, und dass das eine finanzielle Verschwendung für den Staat darstellt und auch für das Image des Landes“. Dieser Reformvorschlag geht auch davon aus, dass das Prinzip der Nichtrückwirkung verletzt wird und dass es keine Straftat oder Strafe für Geschehnisse gibt, die begangen wurden, bevor das Gesetz verabschiedet wurde; man verlangt weiterhin, dass die Militärs durch ein Militärgericht prozessiert werden und dass Amnestie für beide Parteien des bewaffneten internen Konflikts gewährt werde.

Entgegen internationaler Abkommen, die Guatemala ratifiziert hat, versucht der Kongress erneut, die Straflosigkeit zu favorisieren. Die erste Dreistigkeit dieser Art geschah, als die Reform des Strafrechts verabschiedet wurde. Damit wurden die Strafen für illegale Finanzierung abgeschwächt. Die Mehrheit des Kongresses hat sich zwei Mal geweigert, dem Präsidenten Jimmy Morales die Immunität zu entziehen, damit gegen ihn wegen genau diesem Delikt ermittelt werden könne. Die Staatsanwaltschaft und die CICIG erbrachten Indizien dafür, dass Morales' Wahlkampagne, die ihn zur Präsidentschaft brachte, durch unlautere Mittel finanziert worden war.

Mit dem Slogan „Nationale Wiedergutmachung“ marschierte eine Gruppe ehemaliger Militärs und ihre Familien die Sechste Avenida des Historischen Zentrums der Hauptstadt entlang, um zu fordern, dass die strafrechtliche Verfolgung gegen Mitglieder der Armee aufhöre; als ob die mehr als 500 Knochen mit Anzeichen von Folter, die man in einer alten Militärbasis in Cobán, Departement Alta Verapaz fand (heute bekannt als Creompaz) ein schlechter Witz wären, oder als ob man für die mehr als 45.000 verschwundenen Personen in Guatemala keine Gerechtigkeit fordern müsse. Dieser Spott der „Nationalen Wiedergutmachung“, der von den pro-militären Gruppen ausgeht, ist mehr als eine Beleidigung der Geschichte und der Erinnerung. Es kommt einer Forderung nach ewiger Straffreiheit gleich für die barbarischen Akte, die die Armee und der guatemalteckische Staat ausübten und die das Land spalteten.

Guatemala hat noch immer korrupte FunktionärInnen, die Kriminelle verteidigen. Kriminelle, die politische Parteien bilden, mit illegaler Finanzierung. Und die Persönlichkeiten wie Jimmy Morales die Präsidentschaft ermöglichten, von der aus Blödheit, Ignoranz, Arroganz zur Schau gestellt werden und die den Pakten der Korrupten, die sie selbst begünstigt, applaudiert.

¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

Redaktion:

Wiebke Schramm – wibsca@gmail.com

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Jetzt auch auf Facebook: www.facebook.com/fijateMagazin

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel

c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Achtung: Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6